

Gesetzentwurf**der Bundesregierung****Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 6. März 1997
zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags
über den Geheimschutz****A. Zielsetzung**

Die der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) übertragenen Aufgaben erfordern den Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen und Unterlagen zwischen den Mitgliedstaaten und den Organen und Einrichtungen der NATO.

Der Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen setzt voraus, dass dies auf der Basis von Sicherheitsnormen und -verfahren geschieht, die einen gemeinsamen Grad des Schutzes von geheimhaltungsbedürftigen Informationen innerhalb der Allianz gewährleisten und zu deren Einhaltung sich die Vertragsstaaten verpflichten, so dass jeder Vertragsstaat darauf vertrauen kann, dass seine die NATO betreffenden Geheimnisse auch innerhalb der Organisation als Ganzes wirksam geschützt werden.

Aus den gemeinsamen Sicherheitsnormen und -verfahren ergibt sich die Verpflichtung der Vertragsstaaten, alle ihre Staatsangehörigen einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen, die in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit Zugang zu Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrades VS-VERTRAULICH und höher benötigen. Dies schließt auch die Pflicht der Bundesrepublik Deutschland ein, Beschäftigte deutscher Nationalität bei NATO-Organen und -Einrichtungen, die Zugang zu NATO-Informationen des Geheimhaltungsgrades NATO CONFIDENTIAL und höher erhalten sollen, auf Antrag des NATO-Organs einer entsprechenden Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen. Die Sicherheitsüberprüfung deutscher Staatsbürger für die NATO wird nach den Vorschriften des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes (SÜG) vom 20. April 1994 (BGBl. I S. 867) durchgeführt.

Fristablauf: 19. 05. 00

Auch nach dem bisherigen „Geheimchutzübereinkommen der Vertragsparteien des Nordatlantikvertrages“ vom 19. April 1952 war die Bundesregierung verpflichtet, einheitliche Grundsätze und Mindestmaßstäbe für die Sicherheit innerhalb der NATO anzuwenden. Das vorgenannte Abkommen war jedoch seinem Charakter nach ein Regierungsübereinkommen, durch das nur die Regierungen der NATO-Vertragsstaaten verpflichtet wurden, den NATO-Geheimchutz innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches zu gewährleisten.

B. Lösung

Rechtsstaatliche Grundsätze gebieten es allerdings heute, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass Sicherheitsüberprüfungen ihrer Natur nach einen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darstellen, neben den gemeinsamen Geheimchutznormen und -verfahren auch dieser völkerrechtlichen Verpflichtung eine höhere Qualität dadurch zu verleihen, dass sie durch Rechtsakt des Gesetzgebers in innerstaatliches Recht umgesetzt wird.

Nach dem vorgelegten Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifizierung des Übereinkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Durch die Ausführung des Vertragsgesetzes entstehen keine zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte.

E. Sonstige Kosten

Auswirkungen auf Einzelpreise sowie das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 6. März 1997
zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags
über den Geheimschutz

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
022 (115) – 061 00 – Ge 31/1/00

Berlin, den 7. April 2000

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 6. März 1997
zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über den Geheimschutz
mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Gerhard Schröder

-4-

Entwurf

**Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 6. März 1997
zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags
über den Geheimschutz**

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 6. März 1997 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über den Geheimschutz wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 6 Abs. b für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 6 Abs. b für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch die Ausführung des Vertragsgesetzes entstehen keine zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte.

Auswirkungen auf Einzelpreise sowie das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da das Übereinkommen den Schutz ausgetauschter Verschlusssachen auf der Basis bereits bestehender Geheimschutzverfahren garantiert.

**Übereinkommen
zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags
über den Geheimschutz**

**Agreement
between the Parties to the North Atlantic Treaty
for the Security of Information**

**Accord
sur la sécurité des informations
entre les Parties au Traité de l'Atlantique Nord**

(Übersetzung)

The Parties to the North Atlantic Treaty,
signed at Washington on 4th April, 1949;

Les Parties au Traité de l'Atlantique
Nord, signé à Washington le 4 avril 1949;

Die Vertragsparteien des am 4. April
1949 in Washington unterzeichneten Nord-
atlantikvertrags –

Reaffirming that effective political consultation, cooperation and planning for defence in achieving the objectives of the Treaty entail the exchange of classified information among the Parties;

Réaffirmant que l'efficacité de la consultation politique, de la coopération et de l'établissement de plans de défense au service des objectifs du Traité exige l'échange d'informations classifiées entre les Parties;

in Bekräftigung dessen, daß wirksame politische Konsultationen, Kooperation und Verteidigungsplanung zur Verwirklichung der Ziele des Vertrags den Austausch von geheimhaltungsbedürftigen Informationen zwischen den Vertragsparteien erfordern;

Considering that provisions between the Governments of the Parties to the North Atlantic Treaty for the mutual protection and safeguarding of the classified information they may interchange are necessary;

Considérant que des dispositions sont nécessaires entre les Gouvernements des Parties au Traité de l'Atlantique Nord pour la protection et la sauvegarde réciproques des informations classifiées échangées entre eux;

in der Erwägung, daß zwischen den Regierungen der Vertragsparteien des Nordatlantikvertrags Regelungen zum gegenseitigen Schutz und zur gegenseitigen Sicherung der zwischen ihnen ausgetauschten geheimhaltungsbedürftigen Informationen erforderlich sind;

Realising that a general framework for security standards and procedures is required;

Considérant qu'un cadre général pour les normes et les procédures de sécurité est nécessaire;

in der Erkenntnis, daß ein allgemeiner Rahmen für Geheimschutznormen und -verfahren notwendig ist;

Acting on their own behalf and on behalf of the North Atlantic Treaty Organization,

Agissant en leur nom propre et au nom de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord,

handelnd im eigenen Namen und im Namen der Nordatlantikvertrags-Organisation –

Have agreed as follows:

Sont convenues de ce qui suit:

sind wie folgt übereingekommen:

Article 1

The Parties shall:

(i) protect and safeguard:

(a) classified information (see Annex I), marked as such, which is originated by NATO (see Annex II) or which is submitted to NATO by a member state;

(b) classified information, marked as such, of the member states submitted to another member state in support of a NATO programme, project, or contract;

(ii) maintain the security classification of information as defined under (i) above and make every effort to safeguard it accordingly;

Article 1

Les Parties:

(i) veillent à la protection et à la sauvegarde:

(a) des informations classifiées (voir Annexe I), identifiées comme telles, qui émanent de l'OTAN (voir Annexe II) ou qui sont soumises à l'OTAN par un Etat membre;

(b) des informations classifiées, identifiées comme telles, soumises par un Etat membre à un autre Etat membre à l'appui d'un programme, projet ou contrat de l'OTAN;

(ii) conservent la classification de sécurité des informations visées à l'alinéa (i) ci-dessus et mettent tout en oeuvre pour assurer leur protection en conséquence;

Artikel 1

Die Vertragsparteien

i) schützen und sichern

a) als solche gekennzeichnete geheimhaltungsbedürftige Informationen (siehe Anlage I), deren Urheber die NATO ist (siehe Anlage II) oder die der NATO von einem Mitgliedstaat zugeleitet werden;

b) als solche gekennzeichnete geheimhaltungsbedürftige Informationen der Mitgliedstaaten, die einem anderen Mitgliedstaat zur Unterstützung eines NATO-Programms, -Vorhabens oder -Auftrags zugeleitet werden;

ii) behalten den Geheimhaltungsgrad der unter Ziffer i bezeichneten Informationen bei und sind nach Kräften bemüht, sie entsprechend zu sichern;

- (iii) not use classified information as defined under (i) above for purposes other than those laid down in the North Atlantic Treaty and the decisions and resolutions pertaining to that Treaty;
- (iv) not disclose such information as defined under (i) above to non-NATO Parties without the consent of the originator.

Article 2

Pursuant to Article 1 of this Agreement, the Parties shall ensure the establishment of a National Security Authority for NATO activities which shall implement protective security measures. The Parties shall establish and implement security standards which shall ensure a common degree of protection for classified information.

Article 3

(1) The Parties shall ensure that all persons of their respective nationality who, in the conduct of their official duties, require or may have access to information classified CONFIDENTIAL and above are appropriately cleared before they take up their duties.

(2) Security clearance procedures shall be designed to determine whether an individual can, taking into account his or her loyalty and trustworthiness, have access to classified information without constituting an unacceptable risk to security.

(3) Upon request, each of the Parties shall cooperate with the other Parties in carrying out their respective security clearance procedures.

Article 4

The Secretary General shall ensure that the relevant provisions of this Agreement are applied by NATO (see Annex III).

Article 5

The present Agreement in no way prevents the Parties from making other Agreements relating to the exchange of classified information originated by them and not affecting the scope of the present Agreement.

Article 6

- (a) This Agreement shall be open for signature by the Parties to the North Atlantic Treaty and shall be subject to ratification, acceptance or approval. The instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Government of the United States of America.

- (iii) s'abstiennent d'exploiter les informations classifiées visées à l'alinéa (i) ci-dessus à des fins autres que celles prévues par le Traité de l'Atlantique Nord ou les décisions et résolutions qui s'y rapportent;

- (iv) s'abstiennent de communiquer les informations visées à l'alinéa (i) ci-dessus à des Parties non OTAN sans l'accord de l'autorité d'origine.

Article 2

En application de l'Article 1 du présent Accord, les Parties veillent à la création d'une autorité nationale de sécurité pour les activités de l'OTAN, autorité qui met en oeuvre des systèmes de sécurité préventive. Les Parties établissent et appliquent des normes de sécurité qui garantissent un même degré de protection des informations classifiées.

Article 3

(1) Les Parties doivent s'assurer que tout ressortissant qui, dans l'accomplissement de ses fonctions officielles, aurait besoin d'accéder à des informations classifiées CONFIDENTIEL et au-dessus ou pourrait avoir accès à de telles informations, possède une habilitation de sécurité appropriée avant sa prise de fonctions.

(2) Les procédures d'habilitation de sécurité doivent avoir pour but de déterminer si une personne peut, compte tenu de sa loyauté et de sa fiabilité, avoir accès à des informations classifiées sans constituer un risque inacceptable pour la sécurité.

(3) Sur demande, les Parties doivent coopérer avec les autres Parties en vue de l'exécution de leurs procédures d'habilitation de sécurité respectives.

Article 4

Le Secrétaire général doit s'assurer que les dispositions du présent Accord qui la concernent sont appliquées par l'OTAN (voir Annexe III).

Article 5

Le présent Accord n'empêche nullement les Parties de conclure d'autres accords portant sur l'échange d'informations classifiées qui émanent d'elles et qui n'ont aucun rapport avec l'objet du présent Accord.

Article 6

- (a) Le présent Accord sera ouvert à la signature des Parties au Traité de l'Atlantique Nord et sera sujet à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique.

- iii) verwenden die unter Ziffer i bezeichneten geheimhaltungsbedürftigen Informationen nur für die im Nordatlantikvertrag und in den den Vertrag betreffenden Beschlüssen und Entschlüssen niedergelegten Zwecke;

- iv) geben die unter Ziffer i bezeichneten Informationen nicht ohne Zustimmung des Urhebers an nicht der NATO angehörende Seiten weiter.

Artikel 2

Nach Artikel 1 stellen die Vertragsparteien die Errichtung einer nationalen Sicherheitsbehörde für die Tätigkeiten der NATO sicher, die vorbeugende Sicherheitsmaßnahmen durchführt. Die Vertragsparteien legen Sicherheitsnormen fest, die einen gemeinsamen Grad des Schutzes von geheimhaltungsbedürftigen Informationen sicherstellen, und wenden diese an.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien stellen sicher, daß alle ihre Staatsangehörigen, die in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit Zugang zu als VS-VERTRAULICH oder höher eingestuft Informationen benötigen oder haben können, in angemessener Weise einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden, bevor sie ihre Tätigkeit aufnehmen.

(2) Die Verfahren der Sicherheitsüberprüfung dienen der Feststellung, ob eine Person unter Berücksichtigung ihrer Loyalität und Vertrauenswürdigkeit Zugang zu geheimhaltungsbedürftigen Informationen haben kann, ohne ein unannehmbares Sicherheitsrisiko darzustellen.

(3) Auf Ersuchen arbeitet jede der Vertragsparteien mit den anderen Vertragsparteien bei der Durchführung der Sicherheitsüberprüfung zusammen.

Artikel 4

Der Generalsekretär stellt sicher, daß die einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens von der NATO angewendet werden (siehe Anlage III).

Artikel 5

Dieses Übereinkommen hindert die Vertragsparteien nicht, andere Übereinkünfte über den Austausch von geheimhaltungsbedürftigen Informationen, deren Urheber sie sind und die den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens nicht berühren, zu schließen.

Artikel 6

- a) Dieses Übereinkommen liegt für die Vertragsparteien des Nordatlantikvertrags zur Unterzeichnung auf und bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt.

(b) This Agreement shall enter into force thirty days after the date of deposit by two signatory States of their instruments of ratification, acceptance or approval. It shall enter into force for each other signatory State thirty days after the deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval.

(c) This Agreement shall with respect to the Parties for which it entered into force supersede the "Security Agreement by the Parties to the North Atlantic Treaty Organization" approved by the North Atlantic Council in Annex A (paragraph 1) to Appendix to Enclosure to D.C.2/7, on 19th April, 1952, and subsequently incorporated in Enclosure "A" (paragraph 1) to C-M(55)15(Final), approved by the North Atlantic Council on 2nd March, 1955.

Article 7

This Agreement shall remain open for accession by any new Party to the North Atlantic Treaty, in accordance with its own constitutional procedures. Its instrument of accession shall be deposited with the government of the United States of America. It shall enter into force in respect of each acceding State thirty days after the day of the deposit of its instrument of accession.

Article 8

The Government of the United States of America shall inform the Governments of the other Parties of the deposit of each instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

Article 9

This Agreement may be denounced by written notice of denunciation by any Party given to the depositary which shall inform all the other Parties of such notice. Such denunciation shall take effect one year after receipt of notification by the depositary, but shall not affect obligations already contracted and the rights or prerogatives previously acquired by the Parties under the provisions of this Agreement.

In witness whereof the undersigned, duly authorized to this effect by their respective Governments, have signed this Agreement.

Done in Brussels, this 6th day of March, 1997 in a single copy in the English and French languages, each text being equally authoritative, which shall be deposited in the archives of the Government of the United States of America and of which certified copies shall be transmitted by that Government to each of the other signatories.

(b) Le présent Accord entrera en vigueur trente jours après la date du dépôt, par deux Etats signataires, de leurs instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation. Pour chacun des autres Etats signataires, il entrera en vigueur trente jours après le dépôt de leur propre instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

(c) S'agissant des Parties pour lesquelles il sera entré en vigueur, le présent Accord annulera et remplacera la «Convention sur la sécurité entre les Etats signataires du Traité de l'Atlantique Nord» approuvée par le Conseil de l'Atlantique Nord dans l'Annexe A (paragraphe 1) à l'Appendice à la Pièce jointe au D.C. 2/7, du 19 avril 1952, puis incorporée à la Pièce jointe «A» (paragraphe 1) au C-M(55)15(définitif), approuvée par le Conseil de l'Atlantique Nord le 2 Mars 1955.

Article 7

Le présent Accord reste ouvert à l'adhésion de tout nouvel Etat partie au Traité de l'Alliance Nord conformément à sa propre procédure constitutionnelle. Son instrument d'adhésion devra être déposé auprès du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique. Le présent Accord entrera en vigueur pour chacun des Etats y adhérant trente jours après la date du dépôt de son instrument d'adhésion.

Article 8

Le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique informera les Gouvernements des autres Parties du dépôt de chaque instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Article 9

Le présent Accord pourra être dénoncé par chaque Partie au moyen d'une notification écrite de dénonciation adressée au dépositaire, qui informera toutes les autres Parties de cette notification. La dénonciation prendra effet un an après réception de la notification par le dépositaire. Toutefois, elle n'affectera pas les obligations contractées ni les droits ou facultés acquis antérieurement par les Parties en vertu des dispositions du présent Accord.

En foi de quoi les Représentants ci-dessous, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

Fait à Bruxelles, le 6 mars 1997, en un seul exemplaire, en langues anglaise et française, chaque texte faisant également foi, qui sera versé aux archives du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, qui en transmettra des copies certifiées conformes à chacun des autres signataires.

b) Dieses Übereinkommen tritt dreißig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem zwei Unterzeichnerstaaten ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt haben. Für jeden anderen Unterzeichnerstaat tritt es dreißig Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

c) Für die Vertragsparteien, für die dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist, löst es das Geheimschutzübereinkommen der Vertragsparteien des Nordatlantikvertrags ab, das vom Nordatlantikrat am 19. April 1952 in Anlage A (Abschnitt 1) zum Anhang zur Anlage zu D.C.2/7 gebilligt und anschließend in Anlage A (Abschnitt 1) zu dem am 2. März 1955 vom Nordatlantikrat gebilligten Dokument C-M(55)15(Endgültige Fassung) aufgenommen wurde.

Artikel 7

Dieses Übereinkommen steht jeder neuen Vertragspartei des Nordatlantikvertrags im Einklang mit ihren eigenen verfassungsrechtlichen Verfahren zum Beitritt offen. Ihre Beitrittsurkunde wird bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt. Für jeden beitretenden Staat tritt es dreißig Tage nach dem Tag der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 8

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika setzt die Regierungen der anderen Vertragsparteien von der Hinterlegung jeder Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kenntnis.

Artikel 9

Dieses Übereinkommen kann von jeder Vertragspartei durch schriftliche Kündigungsanzeige an den Verwahrer, der alle anderen Vertragsparteien von dieser Anzeige in Kenntnis setzt, gekündigt werden. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam, berührt jedoch nicht die von den Vertragsparteien aufgrund des Übereinkommens bereits eingegangenen Verpflichtungen und erworbenen Rechte oder Vorrechte.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Brüssel am 6. März 1997 in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; sie wird im Archiv der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermittelt jedem der anderen Unterzeichner beglaubigte Abschriften.

Annex I

This Annex forms an integral part of the Agreement.

NATO classified information is defined as follows:

- (a) information means knowledge that can be communicated in any form;
- (b) classified information means information or material determined to require protection against unauthorized disclosure which has been so designated by security classification;
- (c) the word "material" includes documents and also any item of machinery or equipment or weapons either manufactured or in the process of manufacture;
- (d) the word "document" means any recorded information regardless of its physical form or characteristics, including, without limitation, written or printed matter, data processing cards and tapes, maps, charts, photographs, paintings, drawings, engravings, sketches, working notes and papers, carbon copies and ink ribbons, or reproductions by any means or process, and sound, voice, magnetic or electronic or optical or video recordings in any form, and portable ADP equipment with resident computer storage media, and removable computer storage media.

Annex II

This Annex forms an integral part of the Agreement.

For the purposes of the present Agreement, the term "NATO" denotes the North Atlantic Treaty Organization and the bodies governed either by the Agreement on the status of the North Atlantic Treaty Organization, National Representatives and International Staff, signed in Ottawa on 20th September, 1951 or by the Protocol on the status of International Military Headquarters set up pursuant to the North Atlantic Treaty, signed in Paris on 28th August, 1952.

Annex III

This Annex forms an integral part of the Agreement.

Consultation takes place with military commanders in order to respect their prerogatives.

Annexe I

Cette Annexe fait partie intégrante de l'Accord.

Les informations classifiées OTAN sont définies comme suit:

- (a) le terme «informations» désigne toute connaissance pouvant être communiquée sous quelque forme que ce soit;
- (b) les termes «informations classifiées» désignent des informations ou des matériels qu'il faut protéger contre une divulgation non autorisée, conformément à leur classification de sécurité;
- (c) le terme «matériel» englobe le document et tout élément de machine, d'équipement ou d'arme, fabriqué ou en cours de fabrication;
- (d) le terme «document» désigne toute information enregistrée, quelles qu'en soient la forme ou les caractéristiques physiques, y compris – sans aucune restriction – les écrits et les imprimés, les cartes et les bandes perforées, les cartes géographiques, les graphiques, les photographies, les peintures, les dessins, les gravures, les croquis, les notes et documents de travail, les carbonés et les rubans encreurs, ou les reproductions effectuées par quelque moyen ou procédé que ce soit, ainsi que les données sonores, la voix, toute forme d'enregistrements magnétiques, électroniques, optiques ou vidéo, de même que l'équipement informatique portatif avec support de mémoire fixe et amovible.

Annexe II

Cette Annexe fait partie intégrante de l'Accord.

Aux fins du présent Accord, le mot «OTAN» signifie l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, et les Organismes régis soit par la Convention sur le Statut de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, des Représentants Nationaux et du Personnel International signé à Ottawa le 20 septembre 1951, soit par le Protocole sur le Statut des Quartiers Généraux Militaires Internationaux créés en vertu du Traité de l'Atlantique Nord signé à Paris le 28 août 1952.

Annexe III

Cette Annexe fait partie intégrante de l'Accord.

Des consultations se déroulent avec les commandants militaires afin de respecter leur prérogatives.

Anlage I

Diese Anlage ist Bestandteil des Übereinkommens.

Geheimhaltungsbedürftige Informationen der NATO werden wie folgt definiert:

- a) der Begriff „Informationen“ bezeichnet Kenntnisse, die in irgendeiner Form übermittelt werden können;
- b) der Begriff „geheimhaltungsbedürftige Informationen“ bezeichnet Informationen oder Unterlagen, die vor unberechtigter Weitergabe geschützt werden müssen und die durch die Einstufung in einen Geheimhaltungsgrad als solche gekennzeichnet sind;
- c) der Begriff „Unterlagen“ umfaßt Dokumente und alle Teile von Maschinen, Ausrüstungsgegenständen oder Waffen, gleichviel, ob diese fertiggestellt oder in der Herstellung begriffen sind;
- d) der Begriff „Dokument“ bezeichnet jede Art aufgezeichneter Informationen ungeachtet der physischen Form oder Merkmale, einschließlich – und zwar ohne Einschränkung – geschriebenes oder gedrucktes Material, Loch- und Magnetkarten und -bänder, Land- oder Seekarten, graphische Darstellungen, Lichtbilder, Bilder, Zeichnungen, Drucke, Skizzen, Arbeitsnotizen und -unterlagen, Kohlepapier/Durchschläge und Farbbänder oder Vervielfältigungen, ungeachtet des zu ihrer Herstellung eingesetzten Mittels oder Verfahrens, sowie jede Form von Ton-, Stimm-, Magnet-, elektronischen, optischen oder Videoaufzeichnungen sowie tragbares ADV-Gerät mit speicherresidenten Datenträgern und auswechselbaren Datenträgern.

Anlage II

Diese Anlage ist Bestandteil des Übereinkommens.

Im Sinne dieses Übereinkommens bezeichnet der Begriff „NATO“ die Nordatlantikvertrags-Organisation und die Organe, für die entweder das am 20. September 1951 in Ottawa unterzeichnete Übereinkommen über den Status der Nordatlantikvertrags-Organisation, der nationalen Vertreter und des internationalen Personals oder das am 28. August 1952 in Paris unterzeichnete Protokoll über die Rechtsstellung der auf Grund des Nordatlantikvertrags errichteten internationalen militärischen Hauptquartiere gilt.

Anlage III

Diese Anlage ist Bestandteil des Übereinkommens.

Mit den militärischen Befehlshabern finden zur Achtung ihrer Vorrechte Beratungen statt.

Denkschrift zu dem Übereinkommen

A. Allgemeines

Die der Atlantischen Allianz nach dem Nordatlantikvertrag übertragenen Aufgaben sowie die Verwirklichung der von der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs am 23. und 24. April 1999 in Washington D.C. erneut bekräftigten erweiterten Ziele in Bezug auf die Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität und das Engagement des Bündnisses bei der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung beinhalten, dass Maßnahmen zur Verwirklichung der genannten Aufgaben und Ziele den Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen (Verschlussachen) und derartigen Materials zwischen den Vertragsparteien und den Organen und Einrichtungen der NATO erfordern.

Der Austausch von Verschlussachen setzt Sicherheitsnormen und -verfahren voraus, die einen gemeinsamen Grad des Schutzes von Verschlussachen innerhalb der Allianz gewährleisten, und zu deren Einhaltung sich die Vertragsstaaten verpflichten, so dass jeder Vertragsstaat darauf vertrauen kann, dass seine, die NATO betreffenden Geheimnisse auch innerhalb des Bündnisses als Ganzes wirksam geschützt werden. Die Bundesrepublik Deutschland und die Mehrheit unserer NATO-Vertragspartner, insbesondere die drei neuen Mitglieder Polen, Tschechien und Ungarn, haben nachdrücklich betont, dass sie an einer völkerrechtlich verbindlichen Festschreibung der Geheimschutzverpflichtungen interessiert seien.

Das Übereinkommen beinhaltet darüber hinaus die Verpflichtung der Vertragsstaaten sicherzustellen, dass ihre jeweiligen Staatsangehörigen, die in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit Zugang zu Verschlussachen des Geheimhaltungsgrades VS-VERTRAULICH und höher benötigen, einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden. Dies schließt auch die Pflicht der Bundesrepublik Deutschland ein, Beschäftigte deutscher Nationalität bei NATO-Organen und -Einrichtungen, die Zugang zu Informationen NATO CONFIDENTIAL (VS-VERTRAULICH) und höher erhalten sollen, auf Antrag des NATO-Organs einer entsprechenden Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen. Sicherheitsüberprüfungen stellen ihrer Natur nach einen Eingriff in das Recht der informationellen Selbstbestimmung dar. Rechtsstaatliche Grundsätze gebieten es daher, auch diese völkerrechtliche Verpflichtung in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Die NATO ihrerseits hat die Vertragsstaaten nachdrücklich ersucht, den Ratifizierungsprozess alsbald abzuschließen.

B. Besonderes

Artikel 1 und 4 verpflichten die Unterzeichnerstaaten und den Generalsekretär der NATO, den Schutz ausgetauschter Verschlussachen zu gewährleisten.

Artikel 2 verpflichtet die Vertragsparteien, eine Nationale Sicherheitsbehörde für NATO-Aufgaben zu errichten. Darüber hinaus werden sie verpflichtet, Sicherheitsnormen festzulegen, die einen gemeinsamen Grad des Schutzes für Verschlussachen innerhalb des Bündnisses sicherstellen.

Die von den Vertragsparteien zu erstellenden Sicherheitsnormen bilden in der Bundesrepublik Deutschland im wesentlichen das Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG) sowie die Verschlussachenanweisung für die Bundesbehörden (VS-Anweisung). Das Bundesministerium des Innern wurde bereits durch Beschluss des Bundeskabinetts vom 20. September 1956 zur Nationalen Sicherheitsbehörde für den Geheimschutz im Sinne der (Vorläufer-)Sicherheitsbestimmungen der NATO bestimmt.

Artikel 3 behandelt die bereits unter A. „Allgemeines“ dargestellte Pflicht der Vertragsparteien zur Durchführung einer angemessenen Sicherheitsüberprüfung vor Zugang eines ihrer Staatsangehörigen zu Verschlussachen des Geheimhaltungsgrades VS-VERTRAULICH und höher. Die aufgezeigte Zielrichtung der Sicherheitsüberprüfung entspricht dem deutschen Sicherheitsüberprüfungsgesetz.

Artikel 5 erkennt das Bedürfnis der Vertragsparteien an, auch zweiseitige Geheimschutzabkommen über den Austausch von Verschlussachen zu schließen, die den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens nicht berühren.

Artikel 6, 7 und 8 enthalten die üblichen völkerrechtlichen Regelungen über Unterzeichnung, Hinterlegungsstaat, Inkrafttreten des Übereinkommens, Eintritt der Bindungswirkung für die einzelnen Vertragsparteien sowie den späteren Beitritt weiterer Staaten.

Darüber hinaus wird festgestellt, dass dieses neue Übereinkommen das bisherige veraltete „Geheimschutzübereinkommen der Vertragsparteien des Nordatlantikvertrags“ vom 19. April 1952 ablöst.

Artikel 9 enthält die üblichen Kündigungsregelungen.

Stellungnahme **des Bundesrates**

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 6. März 1997 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über den Geheimschutz

Der Bundesrat hat in seiner 751. Sitzung am 19. Mai 2000 beschlossen, gegen den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.